



Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

An die
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

An die
Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Lars Klingbeil, MdB
Bundesminister

Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Tel. +49 30 18 682-4249

poststelle@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

6. Juli 2026

Betreff: Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 und die Finanzplanung bis 2030

Seite 1 von 5

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt oberstes Ziel der Koalition, Deutschland wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen. Die anhaltenden globalen Konflikte und Unsicherheiten erhöhen den Druck auf unser Land. Es reicht nicht, sich nur von Krise zu Krise zu hangeln. Es braucht einen langfristigen Weg, um uns resilient aufzustellen. Der Bundeshaushalt für 2027 trägt daher dazu bei, dass Deutschland ein starkes und krisenfestes Land ist. Er folgt dem Dreiklang aus investieren, konsolidieren und reformieren.

1. Investitionsoffensive entfaltet Wirkung

Das wesentliche Element für mehr Wachstum und Beschäftigung ist das **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)**, das vor einem Jahr eine völlig neue Dimension unserer Investitionstätigkeit eingeleitet hat. Damit beseitigen wir den Investitionsstau der letzten 20 Jahre und schaffen zugleich die Voraussetzung für dringend benötigtes Wachstum, die es ohne das Sondervermögen nicht gäbe. Diese Ausgaben für Investitionen sichern Arbeitsplätze und verbessern den Alltag der Menschen durch funktionierende Infrastruktur. Sie sind zugleich ein Gerechtigkeitsprogramm, denn die öffentliche Infrastruktur - Schulen und Kitas, Straßen und Bahnverbindungen, bezahlbare Wohnungen, moderne Forschungseinrichtungen, sanierte Sportstätten und Schwimmbäder - kommt allen zugute.

Insgesamt stehen im Kernhaushalt (ohne finanzielle Transaktionen), dem SVIK sowie dem Klima- und Transformationsfonds (KTF; Stand Eckwerte) in 2027 insgesamt **117,5 Mrd. Euro** für investive Ausgaben zur Verfügung. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung hat gerade gezeigt, dass diese Bundesregierung mehr als je zuvor in Bildung, Digitalisierung und Klimaschutz investiert. Diese Zukunftsquote liegt so hoch wie noch nie. Diesen Weg setzen wir fort.



Im Kernhaushalt belaufen sich die Investitionen im Jahr 2027 auf rund 50 Mrd. Euro. Die Investitionsquote liegt bei 10,8 Prozent. Im SVIK sind im Wirtschaftsplan 2027 Ausgaben für Investitionen von insgesamt rund 54,9 Mrd. Euro veranschlagt. Davon sind rund 8,3 Mrd. Euro für die Unterstützung von Investitionen der Länder und Kommunen vorgesehen, weitere 10 Mrd. Euro fließen für weitere Investitionen in den Klimaschutz und die Dekarbonisierung in den KTF.

Investitionen 2027 aus der Bundessäule des SVIK:

- 17,7 Mrd. Euro in die Verkehrsinfrastruktur
- 9,0 Mrd. Euro in Digitalisierung
- 2,5 Mrd. Euro in Energieinfrastruktur
- 1,7 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung
- 1,4 Mrd. Euro in Kitas, Schulen und Hochschulen

Mit dem Infrastruktur Zukunftsgesetz werden Projekte aus dem SVIK zu Vorhaben von „überragendem öffentlichen Interesse“ erklärt. Dadurch werden die Verfahren verkürzt und Planungen vereinfacht. Das **Sondervermögen** ist ein Generationenprojekt von 12 Jahren, von dem **noch nicht mal ein Jahr vergangen** ist. Die konkreten Investitionen in Projekte werden nun nach und nach sichtbar. Wir **machen dabei weiterhin Tempo bei der Umsetzung im Bund, in den Ländern und Kommunen**. Die Gelder stehen bereit. Es kann und es muss jetzt geplant und gebaut werden. Um die Wirkung zu überwachen, haben wir ein Monitoring aufgesetzt, das alle wichtigen Daten nachvollziehbar und nutzerfreundlich online zur Verfügung stellt.

Praktische Beispiele für Investitionen aus dem Sondervermögen:

- Alleine aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität steigen die vorgesehenen Investitionen für Forschung und Entwicklung in 2027 gegenüber den für das laufende Jahr veranschlagten Ausgaben um 60 Prozent. Dabei investieren wir gezielt in KI sowie die hierfür so wichtige Halbleiterfertigung. So fördern wir z. B. ein KI-Daten-Zentrum in Berlin, damit neue KI-Anwendungen flexibel entwickelt und getestet werden können. In Sachsen fördern wir Europas größtes Halbleiterinvestitionsprojekt der laufenden Dekade.
- Zudem steigern wir die Investitionen in den Um- und Neubau für effiziente Wärmenetze um 33 Prozent auf 1,9 Mrd. Euro. Ein konkretes Beispiel ist hier Tübingen, wo mit den Mitteln aus dem Sondervermögen drei bestehende Wärmenetze deutlich ausgebaut, verbunden und bis 2045 komplett dekarbonisiert werden können.
- Im Bereich der Verkehrswege modernisieren wir Brücken und Tunnel, Schienen und Wasserstraßen. Bis 2036 werden 300 km Tunnelröhren modernisiert. Dies entspricht in etwa der Fahrtstrecke von Berlin nach Hamburg. Bis Ende 2026 werden 775 km Hochleistungskorridore für Züge generalsaniert - das entspricht der Fahrtstrecke von Rostock bis nach München.



Seite 3 von 6

Wir legen auch weiterhin einen Schwerpunkt auf Investitionen in **Sicherheit und Resilienz**, in dem wir unsere Verteidigungsausgaben erhöhen und die Bundeswehr stärken. Wir erfüllen damit unsere Verantwortung in der NATO. Wir müssen in kürzester Zeit abschreckungs- und verteidigungsfähig sein. Nach Ende des Kalten Krieges haben wir die Investitionen in unsere Verteidigungsfähigkeit stark heruntergefahren. Durch Putins andauernden Angriffskrieg auf die Ukraine wird deutlich, dass sich die Bedrohungslage verschärft hat und Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Wir müssen daher jetzt massiv in unsere Verteidigungsfähigkeit investieren, denn nur so stellen wir sicher, dass wir und unsere Kinder auch in Zukunft sicher in Deutschland leben können.

Ein Schwerpunkt liegt auch auf dem **Katastrophenschutz und der inneren Sicherheit**. Die geopolitische Lage und ihre Auswirkungen auf das Inland lassen dies nicht anders zu. Dementsprechend werden die Drohnenabwehr und die Cybersicherheit weiter verstärkt sowie die Mittel für das Technische Hilfswerk fast verdoppelt.

Auch die Investitionen in **Klimaschutz und Transformation** werden auf hohem Niveau fortgeführt. Der maßgebliche Teil erfolgt über den Klima- und Transformationsfonds (KTF), der in der kommenden Woche im Kabinett beschlossen werden wird. Der KTF ist solide finanziert. Das SVIK leistet auch hier einen wichtigen Beitrag, indem daraus wie vereinbart jährlich 10 Mrd. Euro dem KTF für Klimaschutz zur Verfügung gestellt werden. Damit ist der KTF über Jahre finanziell abgesichert und die strukturelle Überbuchung der Vergangenheit beendet. Investitionen in den Klimaschutz sind so langfristig gesichert.

Ein weiterer wichtiger Investitionsbereich ist der **Wohnungsbau**, um mehr und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden im Jahr 2027 gegenüber dem Vorjahr um 1 Mrd. Euro auf insgesamt 5 Mrd. Euro aufgestockt. Damit bilden die Finanzhilfen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau weiterhin einen wichtigen Schwerpunkt und sorgen neben der geplanten Wohnungsbaugesellschaft des Bundes für mehr bezahlbaren Wohnraum.

Für **Familien** unterstützt die Bundesregierung die Bundesländer finanziell. So fördert der Bund in Höhe von 3,5 Mrd. Euro den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter. Zudem unterstützt der Bund die Finanzierung der Qualität der Kindertagesbetreuung mit jeweils 1,5 Mrd. Euro in 2027 und 2028 sowie mit 1,25 Mrd. Euro in 2029 und 1 Mrd. Euro in den Jahren 2030 bis 2034. Für das Startchancenprogramm stellt der Bund von 2024 bis 2034 insgesamt 10 Mrd. Euro zur Verfügung. Beginnend mit dem Jahr 2026 werden aus dem SVIK zusätzliche Mittel für die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in Höhe von insgesamt 6,5 Mrd. Euro für den Kita-Ausbau und Hochschulbau sowie für den Digitalpakt 2.0 zur Verfügung gestellt.



2. Konsolidierung: Wir stellen den Haushalt strukturell zukunftsfest und robust auf

Zu Beginn dieser Legislatur war die Koalition mit einer Konsolidierungsaufgabe historischen Ausmaßes konfrontiert. Trotz der schwierigen Umstände durch Krisen und Kriege und deren direkte Auswirkungen auf unsere Wirtschaft schließen wir mit dem Entwurf für den Bundeshaushalt 2027 eine Lücke von ursprünglich rund **34 Mrd. Euro**. In der Finanzplanung für 2028 haben wir schon jetzt die ursprüngliche Lücke von 64 Mrd. auf rund **22 Mrd. Euro** fast gedrittelt.

Die Nettokreditaufnahme wird 2027 voraussichtlich bei 118,7 Mrd. Euro liegen. Sie ist notwendig, um unsere Verteidigung und Resilienz zu stärken und den Investitionsstau aufzulösen. Sie ist aber auch eine Folge des fehlenden Wachstums. Es wird erwartet, dass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2027 real nur um 0,9 Prozent verändert. Die Jahresprojektion im Januar 2026 ging noch von einer Steigerung von 1,3 Prozent aus. Die geschätzten Steuereinnahmen haben sich verringert und der Finanzbedarf der Bundesagentur für Arbeit hat sich erhöht. Wir achten sehr genau auf die Schuldentragfähigkeit. Ende 2026 wird unsere Schuldenstandsquote voraussichtlich bei 66,5 Prozent des BIP liegen; der Schnitt der Eurozone liegt bei 87,8 Prozent.

Um die bisher einmalige Haushaltslücke zu schließen, haben wir innerhalb der Regierung intensiv über **Prioritäten und Ausgabenwirkung** verhandelt. Wir haben im Rahmen des Eckwerteverfahrens einen verbindlichen Maßnahmenkatalog für die Konsolidierung beschlossen und in den letzten Monaten konsequent daran gearbeitet, diese Maßnahmen zu realisieren. Dazu zählen:

- Effizienzmaßnahmen innerhalb der Ressorts, die Bürokratie abbauen und die Verwaltung modernisieren.
- Die Sozialsysteme werden zukunftsfest und effizienter. Das gilt für Rente, Pflege und Gesundheit. Damit können die Bundeszuschüsse sinken.
- Eine Reform des Elterngeldes und des Wohngeldes, um Leistungen zielgerichteter und effizienter einzusetzen - auch im Sinne der Ergebnisse der Kommission zur Sozialstaatsreform.
- Ein vorgegebenes Einsparziel von einem Prozent der Ausgaben für alle Ressorts.

Um diese große Konsolidierungsaufgabe zu bewältigen, erweitern wir außerdem die **Einnahmeseite** des Staates durch folgende Maßnahmen:

- Die Stärkung der Bekämpfung von Steuer- und Finanzkriminalität. Durch das Zusammenwirken von gesetzlichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen werden die Finanzverwaltungen effektiver. Das Entdeckungsrisiko für Steuerkriminalität in Deutschland wird nachhaltig erhöht.
- Die Gewinne mit Kryptowerten werden künftig genauso besteuert wie Kapitaleinkünfte.
- Spirituosen und Alkopops (nicht Bier und Wein), Tabak und Zucker werden höher besteuert. Eine Plastiksteuer wird eingeführt.



Seite 5 von 6

- Finanzhilfen werden reduziert. Dabei werden bisher nicht verplante Mittel zu festgelegten Anteilen und systematisch gekürzt. Bereits zugesagte Förderungen bleiben unangetastet. Dies betrifft auch die Finanzhilfen im KTF. Damit diese Kürzungen zur Konsolidierung beitragen, werden Einnahmen in gleicher Höhe aus dem Emissionshandel (ETS) in den Bundeshaushalt fließen. Das ist sachgerecht: Der Bund trägt aus dem Kernhaushalt Kosten von 16 Mrd. für den Ausbau erneuerbarer Energien, die bis 2025 aus dem KTF finanziert wurden.

Für 2028 werden weitere Maßnahmen notwendig sein, um die noch bestehende Lücke zu schließen. Die **Auflösung der Handlungsbedarfe** durch konsequente Konsolidierungserfolge bleibt deshalb auch in den kommenden Jahren eine gemeinsame Aufgabe der Bundesregierung. So gilt weiterhin, dass zukünftige Mehreinnahmen und sonstige Entlastungen für die Auflösung des Handlungsbedarfs zu verwenden sind. Vor diesem Hintergrund sind alle Ressorts weiter aufgefordert, durch strikte Priorisierung und Überprüfung ihrer Ausgaben ihren Beitrag zu leisten.

3. Grundlegende Reformen

Neben dem Investitionsstau überwinden wir auch den Reformstau in unserem Land. Die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung befindet sich im parlamentarischen Verfahren. Derzeit erfolgt die Ressortabstimmung zum Pflegeneuordnungsgesetz, mit dem die Finanzierung der Pflegeversicherung wieder auf eine stabile Grundlage gestellt werden soll. Die Empfehlungen der Alterssicherungskommission zur Reform der Rente werden in einem Gesetzespaket bis Ende des Jahres verabschiedet. Mit dem **Programm für Aufschwung und Beschäftigung** hat die Koalition weitere umfassende Maßnahmen beschlossen, um unsere Wirtschaft zu stärken. Dabei geht es um mehr als die Veränderung des Status quo. Deutschland braucht ein neues deutsches Wachstumsmodell. Es geht um Technologieführerschaft in zentralen Bereichen, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, sichere Lieferketten und funktionierende Kapitalmärkte. Und es geht darum, dass der Alltag für die Menschen in unserem Land einfacher wird und bezahlbar bleibt.

Ein wichtiger Impuls geht dabei von der ebenfalls beschlossenen **Reform der Einkommensteuer** aus. Diese trägt dazu bei, dass sich Arbeit mehr lohnt, und macht unser Steuersystem gerechter. Die Einkommensteuerreform mit der Erhöhung von Kinderfreibetrag und Kindergeld wird dafür sorgen, dass vor allem Familien mit Kindern und mittlerem Einkommen um mehr als **600 Euro im Jahr** entlastet werden. Gegenfinanziert wird die Einkommensteuerreform unter anderem dadurch, dass die sogenannte Reichensteuer früher greift und für zu versteuernde Spitzeneinkommen ab 280.000 Euro auf 47 Prozent steigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Koalition haben wir uns in gemeinsamer Kraftanstrengung auf ein **gerechtes Gesamtpaket** zu Reformen und Haushalt verständigt. Die Zeiten sind herausfordernd, aber genau darin liegt auch eine Chance. Wir können jetzt die richtigen Hebel in Bewegung setzen, um Deutschland wieder



Seite 6 von 6

auf Kurs zu bringen. Mir ist bewusst, dass einige der Vorhaben uns viel abverlangen. Daher müssen wir das Ziel immer fest im Blick haben: ein modernes, resilientes und starkes Deutschland. Auf dem Weg dahin gilt weiter als entscheidende Richtschnur: Belastungen müssen gerecht verteilt sein. Dafür braucht es weiterhin ernsthafte Kompromisse in der politischen Mitte, zum Wohle unseres Landes.

Neben dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2027 wurden heute im Kabinett auch der Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027 sowie eine Reihe von Regelungsgesetzen beschlossen, die Sie nach der Sommerpause im Parlament gemeinsam beraten werden. Ich bin mir sicher, dass es gelingen wird, unsere erfolgreiche Zusammenarbeit auch bei der Umsetzung dieser Vorhaben fortzusetzen.

Mein Ministerium und ich stehen Ihnen dabei stets zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen